



Katrin Göring-Eckardt MdB
Vorsitzende der Bundestagsfraktion
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

PROGRAMM ZUR RETTUNG DER INNENSTÄDTE

Ein Papier der Fraktionsvorsitzenden – 17.07.2020

Große Ketten verdrängen den alteingesessenen kleinen Laden um die Ecke, die Mall am Stadtrand und der Onlineriese im Netz ziehen die Kundschaft aus der Stadtmitte. Gleichzeitig schnellen in attraktiven Einkaufslagen die Mieten in die Höhe – schon lange vor der Corona-Krise war der Druck auf den lokalen Handel enorm.

Gestaltete sich die Situation aber vor Ort vor der Krise noch sehr unterschiedlich, droht jetzt landesweit eine Verödung von Innenstädten und Dorfkernen. Nach jahrelangem Umsatzwachstum fürchtet der deutsche Einzelhandel den stärksten wirtschaftlichen Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg. Eine Auswertung des Einzelhandelsverbandes zeigt, dass in den Monaten März, April und Mai 2020 die Ausgaben pro Einkauf im stationären Handel um zehn Prozent sanken, während sie im Online-Handel um 20 Prozent gestiegen sind.

Der immense Druck führt dazu, dass vor allem kleine, alteingesessene Händler, Traditionsbetriebe und das lokale Handwerk aufgeben. Die Existenz mancher Läden, Cafés und Restaurants hängt an einem seidenen Faden. Wenn sie schließen, hinterlassen sie oft leere Räume und verwaiste Schaufenster. Wie eine Hiobsbotschaft muss für viele Kommunen nun zusätzlich die angekündigte Schließung zahlreicher Galeria-Karstadt-Kaufhof-Filialen geklungen haben, die häufig zentrale Ankerpunkte waren und für Laufkundschaft und Attraktivität auch für die umliegende Nachbarschaft sorgten.

Die Schließungen sind nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein gesellschaftliches Problem. Es gehen nicht nur Einkaufsmöglichkeiten verloren, sondern Orte des Zusammenkommens.

Wir wollen die lebenswerten Innenstädte erhalten. Dafür müssen wir jetzt dringend handeln. Wir schlagen ein Programm zur Rettung der Innenstädte vor und wollen dafür zusätzliche Direktmittel in Höhe von rund einer Milliarde Euro vom Bund bereitstellen. Sieben Punkte sind dabei vordringlich:

1. Mit einem 500 Millionen Notfallfonds zur Städtebauförderung Verödung der Innenstädte bekämpfen

Ein neuer Städtebau-Notfallfonds in Höhe von 500 Millionen Euro soll Kommunen eine Starthilfe geben, ihre Ortskerne und Stadtzentren attraktiver zu gestalten. Wir wollen Kommunen ermöglichen, in besonders betroffenen Stadtteilen Projektgebiete auszuweisen und mit Hilfe des Notfallfonds dort tätig zu werden. Ziel davon ist, die Nahversorgung zu sichern, die Laufkundschaft zu erhöhen und perspektivisch die von der Verödung bedrohten Innenstädte zum neuen kulturellen und gemeinschaftlichen Zentrum zu entwickeln.

Das Programm soll Impulse für Handel und Gewerbe vor Ort und für lebenswerte Ortskerne gleichermaßen setzen. Mit dem Programm sollen kurzfristige Investitionsmittel und Verfügungsfonds zur Steigerung der Attraktivität der Innenstädte und Orts(teil)zentren, für konkrete Stadtentwicklungsprojekte oder auch eine Anschubfinanzierung zum Kauf oder

Umbau einzelner Immobilien oder Flächen durch die Kommune möglich werden. So wollen wir einen Impuls parallel zu den anderen Fördermitteln – wie der Städtebauförderung, der Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung und Förderprogrammen der Kreditanstalt für Wiederaufbau – geben. Bei einer Anschubrate von 20 Prozent, lassen sich mit 500 Millionen Euro Investitionen im Umfang 2,5 Milliarden Euro finanzieren. Auch private Akteure sollten sich an dem Projektfonds beteiligen können. Eine Task Force aus StädteplanerInnen und ZukunftsforscherInnen, finanziert vom Bund, soll den Kommunen beratend zur Seite stehen.

Dort, wo kommunale oder Landesfinanzen nicht ausreichen oder nicht schnell genug bereitgestellt werden, um die übliche Kofinanzierung der Bundesmittel durch Landes- und Kommunalmittel in gleicher Höhe zu stemmen, braucht es Sonderregeln zur Reduzierung dieser Kofinanzierungsanteile.

2. Kampf dem Leerstand

Bundesweit könnten 50 Warenhäuser von Galeria- Karstadt- Kaufhof geschlossen werden. Um langjährigem Leerstand großer Ladenflächen mit daraus resultierenden negativen Effekten auf die umliegende Nachbarschaft vorzubeugen, besteht akuter Handlungsbedarf.

Wo sich kein Nachnutzer findet, sollte neben der Prüfung von Käufen durch die Kommune mit Hilfe des Notfallfonds auch der Weg für Mischnutzung unbürokratisch freigemacht werden. Aus den früheren großflächigen Warenhäusern kann ein attraktives Nebeneinander von kleinem Handel, lokalem Handwerk, Gastronomie, Büroräumen, Kindertagesstätten oder Wohnraum entstehen. Eine solche Mischnutzung sorgt dafür, dass öde Flächen attraktiv und lebendig bleiben und die gesamte Umgebung belebt werden – zum Wohle der ganzen Gemeinde.

Wir brauchen Städte und Orte der kurzen Wege. Hierfür sind moderne Mobilitätskonzepte mit gut vernetzten öffentlichen Verkehrsmitteln notwendig. Wohnen und arbeiten müssen gerade in Zeiten nach Corona mehr zusammengedacht werden. Dafür bieten sich Mischnutzungskonzepte an. So entsteht auf Quartiersebene eine Stadt in der Stadt. Kurze Wege fördern die Attraktivität und entlasten Straßen und die Umwelt.

3. Digitalisierungsoffensive: Smarte Projekte für smarte Städte. Ein neuer Sondertopf für Smart City Projekte in Höhe von 290 Millionen Euro im Rahmen der Städtebauförderung

Schnelles Internet und gutes Netz sind Grundvoraussetzung für Attraktivität und Zukunftsfähigkeit – für den Handel wie für die StadtbewohnerInnen. Das Grundrecht auf schnelles Internet muss bundesweit umgesetzt werden. Breitband-Internet muss als Daseinsvorsorge im Rahmen des Universaldienstes festgelegt und endlich auch überall umgesetzt werden.

Die Digitalisierung ist auch eine Chance für Stadtkerne. In den vergangenen Monaten sind an vielen Orten spannende Projekte entstanden, mit denen Händler und Restaurants der Krise trotzten. Neue, kreative Lösungen, die Online und Offline – also stationären Handel – verbinden, erlauben, das Geschäft aufrecht zu erhalten und am Ende nicht alles den großen Onlinehändlern zu überlassen. Viele Projekte haben nicht nur in der Krise Bestand, sondern eröffnen neue Wege der Verbindung des lokalen Gewerbes mit der digitalen Welt. Wir wollen besonders innovative Projekte weiter fördern, die mit Hilfe der Digitalisierung den lokalen Handel, das lokale Gewerbe und die Regionalvermarktung stärken. Dazu wollen wir einen

neuen Sondertopf in der Städtebauförderung in Höhe von 290 Millionen Euro für Smart City Projekte auflegen, welcher sich auch an solche Digitalisierungsinitiativen zur Belebung der Innenstädte richtet. Das können Pick-Up-Läden zur Abholung lokaler online bestellter Waren, eine Onlineplattform für den lokalen Handel oder Förderprogramme für umweltfreundliche Lieferdienste auf die kurze Distanz, beispielsweise per Lastenrad, sein.

4. Händler und Gewerbe in der Krise schützen

Die Hilfen für Händler müssen verbessert werden. Gerade kleine Betriebe brauchen einen verlässlicheren Zugang zu den staatlichen Überbrückungshilfen. Wir fordern, dass die bisherigen Zuschüsse der Bundesregierung im Rahmen der Überbrückungshilfen bis Ende des Jahres verlängert werden und damit mehr Planungssicherheit bieten. Damit kann Händlern oder Dienstleistern durch die Förderung der Betriebskosten geholfen werden. Für die Deckung ihres Lebensunterhaltes muss die Bundesregierung den Weg frei machen für ein Existenzgeld in Höhe von 1200 Euro für Solo-Selbständige und Freiberufler, die von der Corona-Krise betroffen sind. Damit in der Krise nicht nur die Online-Riesen profitieren, haben wir zur Konsumbelebung die einmalige Einführung von Kauf-vor-Ort-Gutscheinen vorgeschlagen.

Finanzielle Direkthilfe allein reicht nicht aus. Es braucht auch mehr Beratung für die lokalen Händler, wie sie die Krise meistern, etwa welche Möglichkeiten sie haben, ihre Miethöhe vorübergehend anpassen zu lassen oder wie sie sich vor Kündigung schützen können. Ein neues Gewerbemietrecht mit Kündigungsschutz, Vergleichsmiete und Mietpreisbremse hilft insbesondere dort, wo die Miete besonders hoch ist, und schützt Geschäfte, Bildungs- und Kultureinrichtungen und Gewerbe vor Verdrängung.

5. Flexiblere Sperrzeiten

Um Gastronomie und kulturelle Einrichtungen in der Krise besser zu unterstützen, rufen wir die Kommunen auf, nach Möglichkeit mehr öffentliche Flächen zur Nutzung zur Verfügung zu stellen. Bundesregierung und Länder sollten zudem, analog zu EM- und WM-Spielen, den Kommunen die Möglichkeit einräumen, temporär und, wo mit dem Lärmschutz vereinbar, die Sperrstunde von 22 auf 24 Uhr zu verschieben.

6. Für kulturelle Zentren und klimafreundliche Orte sorgen

Zur Attraktivitätssteigerung der Innenstädte gehören nicht nur bessere Einkaufsmöglichkeiten, sondern auch lebenswerte Orte, die der sozialen und kulturellen Begegnung dienen. Aus ungenutzten Läden soll Raum für gemeinnützige Initiativen, vom Repaircafé über Bibliotheken mit Lernorten bis hin zu neuen kulturellen Einrichtungen, entstehen. Hierfür bietet sich das Ankaufen einer freigewordenen Immobilie durch die Kommune an. So werden die Immobilien der Spekulation zugunsten der Allgemeinheit entzogen. Erste positive Beispiele dafür finden sich bereits dort, wo große Kaufhäuser bereits vor einigen Jahren geschlossen wurden, oder in der Umnutzung anderer leerstehender Objekte wie Bahnhöfe oder Industriebauten, die teils unter dem Namen Immobilien bekannt geworden sind, weil sie eine Vielfalt von Menschen ansprechen und vielfältige Nutzungen aufweisen. Gleichzeitig können stabile und bezahlbare Mieten gesichert werden, weil nicht mehr der Profit eines Investors, sondern die Attraktivität der Kommune im Vordergrund steht.

Lebenswerte Städte bieten nicht nur eine gute Infrastruktur, sondern auch eine gute Aufenthaltsqualität. Dazu gehören Fußgängerzonen und Parks, aber auch mal eine begrünte Fassade. Wir wollen daher ein Programm "Nachhaltige Zukunftsstadt" in Höhe von 370

Millionen auflegen, um Städte zu fördern, sich an neue klimatische und gesellschaftliche Veränderungen anzupassen.

7. Gemeinsam an der Stadt der Zukunft arbeiten: Dialog vor Ort

Die Frage, wie wir in Zukunft leben, ist keine nur der Verwaltung und der Wirtschaft. Wir wollen die Kooperationen unterschiedlicher Akteure in den Stadt- und Ortsteilzentren stärken, von öffentlich bis privat. Es braucht einen breiten und öffentlichen Dialog mit den Bewohnerinnen und Bewohnern vor Ort über die zukünftige Entwicklung unserer Ortszentren. Denn auch wenn der wirtschaftliche Schaden durch die Corona-Krise bereits groß ist, stehen die Veränderungen in unseren Städten erst am Anfang – ob in Dessau oder Ulm, in Flensburg oder Neubrandenburg. Unternehmen setzen verstärkt auf Homeoffice und reduzieren Büroflächen, Onlinehandel und Lieferdienste verändern das Gesicht unserer Städte und den Verkehr, Digitalisierung und Klimawandel erfordern Anpassungsstrategien. Es liegt an uns, an Gesellschaft und Politik, diesen Wandel unserer Städte zu gestalten. Wir regen deshalb einen öffentlichen Dialog über ein neues Leitbild im Städtebau für Ortszentren und das Gesicht unserer Städte an, nach dem Motto: Zusammen leben, zusammen gestalten.